

## Wahlprüfsteine GSG - Gesellschaft für seelische Gesundheit Dortmund e. V.

### **Frage 1: Ein Großteil psychisch erkrankter Patienten wartet unzumutbar lange auf den Beginn einer ambulanten Behandlung/Therapie. Was wird Ihre Partei unternehmen, um ambulante Behandlungsangebot/Therapieangebote entsprechend dem Bedarf zu schaffen?**

Der gesamte Bereich der Gesundheitsversorgung spürt die fehlenden Fachkräfte. Diese Herausforderung lässt sich nur durch Ausbildungserweiterungen und Steigerung der Attraktivität der einzelnen Berufsbilder beheben. Durch die neue Medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe und die Einführung der Landarztquote haben wir begonnen, Engpässe zu beseitigen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. In Zusammenarbeit mit allen Beteiligten werden wir uns für eine Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung einsetzen: Wir befürworten eine Weiterentwicklung der Bedarfsplanung sowie eine Entbürokratisierung. Auch in den Schulen wollen wir für Unterstützung sorgen, indem wir die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zur psychologischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken. Ergänzend sorgen wir mit digitalen Formaten für flexible und passgenaue psychologischen Angebote. Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung eines an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen orientierten qualitativ hochwertigen, wohnortnahen, barrierefreien und vernetzten Präventions- und Hilfsangebots.

### **Frage 2: Sollte auch studierten Pflegekräften/Sozialarbeitern mit Berufserfahrung im Bereich Psychiatrie ohne Psychologie-Studium eine Ausbildung zum Psychotherapeuten ermöglicht werden?**

Die Voraussetzungen für die Approbation und die Erlaubnis zur Berufsausübung sind in einem Bundesgesetz, dem Psychotherapeutengesetz geregelt. Änderungen fallen somit in den Kompetenzbereich des Bundes. Der ergänzenden Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (PsychThApprO), durch welche u.a. die Mindestanforderungen an das Studium, Näheres über die psychotherapeutische Prüfung sowie das Verfahren der Erteilung der Approbation geregelt wird, haben wir im Februar 2020 zugestimmt. Damit haben wir die Reformvorhaben des damals CDU-geführten Bundesgesundheitsministeriums unterstützt, um für eine moderne und attraktive Psychotherapeutenausbildung zu sorgen, von der Patienten und Therapeuten letztlich gleichermaßen profitieren.

### **Frage 3: Die Psychiatrien stehen unter enormen Aufnahmepressur bei gleichzeitig wachsendem Personalmangel. Psychiatrische Pflege taucht im Diskurs nur selten auf und wird z. B. bei Corona-Boni-Zahlungen gar nicht berücksichtigt. Wie kann Pflegefähigkeit in der Psychiatrie attraktiver werden?**

Wir haben in den letzten Jahren durch eine verbesserte Ausbildung und durch hohe Investitionen bei den Pflegeberufen erste Schritte zur Verbesserung der Situation sozialer Berufe getan. Der Aufbau einer Pflegekammer soll die Wertschätzung dieser Berufe nachhaltig fördern und sie zu Verhandlungspartnern auf Augenhöhe im Gesundheitssystem machen. Dies gilt auch für die Pflegefähigkeit in der Psychiatrie. Neben einer soliden Ausbildung setzen wir insbesondere für die Pflege- und Gesundheitsfachberufe auf vielfältige und attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Hier ist insbesondere die in Nordrhein-Westfalen staatlich anerkannte Fachweiterbildung zur psychiatrischen Pflege zu nennen. Mit rund 650.000 Euro haben wir im Rahmen eines Förderprogramms gemeindepsychiatrische Strukturen bei der Versorgung von psychisch belasteten Menschen im Rahmen der Corona-Pandemie gestärkt und das Fördervolumen anschließend noch einmal bedarfsgerecht erhöht.

### **Frage 4: Wie stehen Sie zu der Forderung, dass jeder Träger im Bereich Psychiatrie (ambulanter Dienst, Beratungsstelle oder stationäre Einrichtung) zukünftig Ex-In-Genesungsbegleiter\*Innen nach einem**

**festgelegten Personalschlüssel, orientiert an Klienten- bzw. Patientenzahl und Personal, beschäftigen muss?**

Gerade in der Coronapandemie haben wir gesehen, dass viele Menschen verunsichert sind und Sorgen oder Ängste haben, die sie psychisch sehr belasten. An der Stelle leisten die vielfältigen psychosozialen Unterstützungsangebote vor Ort eine gute und wichtige Arbeit. Sie helfen Menschen, die auf eine professionelle Unterstützung angewiesen sind.

**Frage 5: Wie sehen sie die Möglichkeiten ihrer Partei, für nutzergerechte räumliche Bedingungen in Psychiatrischen Kliniken zu sorgen, ähnlich den speziellen Wohnbereichen für Demenzerkrankte in Pflegeeinrichtungen?**

Wir sind offen für jede Anregung, die die Situation der psychisch erkrankten Menschen verbessert und unterstützen unsere Krankenhäuser finanziell bei notwendigen Strukturveränderungen: Hierfür werden wir ab dem Jahr 2023 über die Einzelförderung der Krankenhäuser rund 300 Millionen Euro jährlich für die Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen. So machen wir die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen fit für die Zukunft. Im Rahmen unseres Investitionsprogramms Krankenhaus-Einzelförderung haben wir bereits im April 2022 die LWL-Klinik Lengerich mit rund 13,4 Millionen Euro gefördert, um einen Um- und Neubau des stationären gerontopsychiatrischen Behandlungsbereichs zu unterstützen.

**Frage 6: Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um für ein ausreichendes Angebot an Plätzen in Einrichtungen des Betreuten Wohnens für schwer psychisch erkrankte Menschen zu sorgen?**

Plätze des betreuten Wohnens sind aktuell leider nicht in Nordrhein-Westfalen im ausreichenden Maße vorhanden. Wir werden unseren Weg fortsetzen, sowohl im Bereich der Pflege, der Menschen mit Behinderung und auch der Menschen mit psychischen Erkrankungen entsprechende Angebote auszuweiten. Den Ausbau der Konzepte zur vorgeplanten überörtlichen Hilfe wollen wir voranbringen, insbesondere bei der psychosozialen Notfallversorgung. Für uns bleibt insbesondere eine hochwertige und flächendeckende psychiatrische Grundversorgung für Kinder und Jugendliche von hoher Bedeutung. Wir wollen daher die Landschaftsverbände mit ihrem jeweiligen Netz von Kliniken, Tageskliniken und Institutsambulanzen als Rückgrat eines hervorragenden und flächendeckenden Leistungsangebots stärken.

**Frage 7: Chronische psychische Erkrankung ist oft mit materieller Armut verbunden. Daher sind viele Betroffene trotz voranschreitender Digitalisierung des Alltags von digitaler Teilhabe ausgeschlossen. Welche Ideen hat Ihre Partei, armen Menschen digitale Teilhabe zu ermöglichen?**

Grundsätzlich wollen wir alle Menschen dazu befähigen, sich in der medialen Welt sicher und eigenständig zu bewegen. Deshalb stehen wir für einen ganzheitlichen und systematisierten Ansatz im Bereich Medienkompetenzförderung, die wir als zentrales Thema der Digitalstrategie etabliert und mehr Mittel für Förderung bereitgestellt haben. Mit dem #DigitalCheckNRW haben wir ein echtes Leuchtturmprojekt zur Stärkung von Medienkompetenz gestartet, das bundesweit führend und Vorbild für andere Bundesländer ist. Die Ausstattung mit einem digitalen Endgerät kann gerade für Menschen mit einer psychischen Erkrankung ein wichtiges Instrument der Teilhabe sein. Grundsätzlich ist hier jedoch zu prüfen, ob nicht bereits ein Anspruch nach dem SGB II über einen möglichen Mehrbedarf besteht. Die Erweiterung dieses Anspruchs fällt in die Kompetenz des Bundes.

**Frage 8: Menschen mit psychischen Störungen werden häufiger als Menschen mit somatischen Erkrankungen ohne Rehabilitationsversuche berentet. Was können sie tun, um die nachhaltige und ausreichende Förderung von Inklusionsunternehmen sicherzustellen?**

Wir werden Integrationsunternehmen weiter fördern, weil sie eine intensivere Betreuung der Menschen mit Einschränkungen ermöglichen und damit Teilhabe fördern. Im Umgang mit psychisch Erkrankten wollen wir ein Klima der Offenheit und der Akzeptanz unterstützen. Sie sind Teil der Gesellschaft und sollen sich mit ihren Fähigkeiten einbringen können. Dazu ist eine umfassende Teilhabe, die oft gerade über passgenaue berufliche Arbeitsangebote, z. B. in Integrationsbetrieben oder Werkstätten für Menschen mit Behinderungen erreicht wird, ein wichtiger Weg. Wir sind überzeugt: Unsere Inklusionsunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir wollen diese

Erfolgsgeschichte fortsetzen und ihre Förderung ausbauen.

Mit freundlichen Grüßen

Carina Catap  
Leitende Referentin im Kampagnenteam



CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstraße 6  
40213 Düsseldorf

[Carina.Catap@cdu-nrw.de](mailto:Carina.Catap@cdu-nrw.de)  
[www.cdu-nrw.de](http://www.cdu-nrw.de)